



Landes-SGK EXTRA

Rheinland-Pfalz

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Rheinland-Pfalz e.V.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Leserinnen und Leser,

an dieser Stelle habe ich die große Freude, mich als neuer SGK-Landesvorsitzender vorzustellen. Am 3. Oktober 2015 wurde ich von der Landesdelegiertenkonferenz in Nieder-Olm einstimmig zum Landesvorsitzenden gewählt. Für diesen überwältigenden Vertrauensbeweis bin ich persönlich sehr dankbar. Er unterstreicht auch die Geschlossenheit der kommunalen Familie in der SPD Rheinland-Pfalz.

Gemeinsam mit den neu gewählten stellvertretenden Landesvorsitzenden Dr. Heike Kaster-Meurer, Reinhard Scherrer und Ralph Spiegler sowie dem gesamten Landesvorstand, wird die SGK auch in den kommenden Jahren als selbstbewusster kommunalpolitischer Arm in der SPD arbeiten und die kommunalen Interessen vertreten.

Schönes Fest zu einem schönen Anlass

Am Abend vor der Landesdelegiertenversammlung konnten wir zunächst kräftig feiern. Die SGK lud zu ihrem 40-jährigen Bestehen ein und viele Gäste haben diese Gelegenheit genutzt, mit uns gemeinsam auf erfolgreiche Jahre zurück zu blicken, darunter unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer, der SPD-Landesvorsitzende und Innenminister Roger Lewentz und der SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Alexander Schweitzer.

Im Mittelpunkt der Reden und Grußworte des Abends stand nicht nur ein klares Bekenntnis unserer Landesregierung und Landespartei, die kommunalen Rahmenbedingungen vielfältig stärken zu wollen, sondern auch der Dank an die vielen, vielen Genossinnen und Genossen, die als ehrenamtliche kommunale Mandatsträger eine großartige Arbeit leisten.



Michael Ebling

Foto: SGK

Zum 40-jährigen Jubiläum hat die SGK einen Almanach zu ihrer Geschichte aufgelegt. Dieses wunderbare Buch dokumentiert das kommunalpolitische Wirken über Jahrzehnte in Rheinland-Pfalz und es ruft viele Personen in Erinnerung, die erfolgreiche Kommunalpolitik für die SPD Rheinland-Pfalz geprägt haben. Alle SGK-Mitglieder in Rheinland-Pfalz haben den Almanach inzwischen zugeschickt bekommen. Aber selbstverständlich hält die Landesgeschäftsstelle auch noch Exemplare für euch bereit.

Großartige Leistungen, viele politische Erfolge und vorbildliche Arbeit wurden bei der 40-Jahr-Feier auch dem bisherigen SGK-Landesvorsitzenden Michael Reitzel bescheinigt. Zu Recht. Michael Reitzel hat in den langen Jahren seiner kommunalpolitischen Arbeit zahlreiche Tätigkeiten wahrgenommen. Bereits 1969 wurde er in den Kreistag Mainz-Bingen gewählt, dem er bis zum heutigen Tag angehört. 22 Jahre war er Vorsitzender der Kreistagsfraktion. 1979 wurde er Landesgeschäftsführer

Inhalt

40 Jahre SGK in Rheinland-Pfalz

Willy-Brandt-Medaille für Michael Reitzel

14. Delegiertenversammlung der SGK Rheinland-Pfalz

Zur medizinischen Versorgung im ländlichen Raum

Kommunaler Finanzausgleich legt kräftig zu

SGK Mayen-Koblenz wählt neuen Vorstand

Gerichtsentcheid zur Haltung von Tauben

und als Schatzmeister Mitglied des SGK-Bundesvorstandes. 1995 folgte seine Wahl zum Landesvorsitzenden unserer SGK; er übte dieses Amt 20 Jahre erfolgreich aus. In dieser langen Zeit hat er sich große Verdienste für die SPD und die SGK erworben. Michael Reitzel war über Jahrzehnte das kommunale Gesicht der SPD in Rheinland-Pfalz. Insbesondere seinem Engagement ist es zu verdanken, dass die SGK Rheinland-Pfalz zu einem anerkannten und vor allem auch ernst genommenen Sprachrohr

für die kommunalen Interessen wurde. Ich freue mich sehr, dass unser SPD-Landesvorsitzender Roger Lewentz Michael Reitzel mit der Willy-Brandt-Medaille geehrt hat. Und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der SGK-Landesdelegiertenversammlung wählten ihn einstimmig am 3. Oktober zum Ehrenvorsitzenden der SGK Rheinland-Pfalz.

Ohne Übertreibung: Für die SGK Rheinland-Pfalz ging eine Ära zu Ende. Ein großer Trost bleibt uns, denn Michael Reitzel wird uns weiterhin mit Rat und Tat zur Verfügung stehen, wenn wir ihn brauchen. Ich zumindest bin sehr froh, dass ich seine Handynummer und E-Mail-Adresse fest gespeichert habe und von ihm auch in Zukunft immer eine Antwort auf meine Frage bekommen werde.

**Neu und Alt
bewährt zusammen**

Sein Engagement bleibt uns Verpflichtung und deshalb werdet ihr auch auf den neuen SGK-Landesvorstand zählen können, wenn es – wie aktuell bei der Bewältigung der Flüchtlingshilfe – darum geht, kommunale Interessen zu wahren und auch gegenüber der Landesregierung streitbar zu bleiben – für gute Rahmenbedingungen unserer Städte, Kreise und Gemeinden.

Herzliche Grüße
Euer

Michael Ebling
SGK-Landesvorsitzender

40 Jahre SGK in Rheinland-Pfalz

Ein Fest für die Kommunen

Autorin Barbara Behrends

Ein Schiff im sicheren Hafen ist ein schönes Symbol für eine sichere Zukunft. Genau so ein Schiff suchte sich die SGK in Rheinland-Pfalz für die festliche Begehung ihres 40-jährigen Jubiläums. Das Schiff lag fest verankert, leichter Wellengang war manchmal spürbar, eine schöne Atmosphäre im Schiffsbauch sorgte für gute Stimmung und die Redner hielten sich an die vorgegebenen Zeiten – sogar der Vorsitzende Michael Reitzel selbst. Am nächsten Tag würde er den Stab des Vorsitzes an seinen Nachfolger Michael Ebling, OB von Mainz, übergeben. Aber das lag dann noch vor ihm – an diesem Abend sollte gefeiert werden.

**Flüchtlinge überall
Thema Nummer eins**

In der einführenden Begrüßungsrede und in fast allen folgenden Worten stand die Frage, wie es mit den Flüchtlingen weitergeht, im Vordergrund. Auch Michael Reitzel rief in seiner letzten Rede als Vorsitzender zu Spenden und Mitarbeit auf und wies auf eine Sammlung hin, die Hannelore Klamm, Vizepräsidentin



Ministerpräsidentin Malu Dreyer hielt eine sehr persönliche Rede.

Fotos (2): SGK

a.D. des Landtages, initiiert hatte. Ein Schwein machte die Runde, dessen Bauchinhalt bald wohlgefüllt Flüchtlingslotsen unterstützen sollte. Reitzel lobte ausdrücklich die ehrenamtlichen Helfer, besonders in den

Kommunen. Ohne sie sei alles gar nicht möglich gewesen.

Michael Ebling, designerter Nachfolger des langjährigen Vorsitzenden, gab einen Rückblick auf 40 erfolgreiche Jahre, denen – so sein Votum – 40 weitere, ebenso erfolgreiche folgen sollten. Da hat er sich viel vorgenommen, schließlich tritt er, was das betrifft, in große Fußstapfen.

Auch Innenminister Roger Lewentz sprach die Flüchtlingsproblematik an. 11000 von ihnen hatte Rheinland-Pfalz bis dahin aufzunehmen. Nicht einfach, aber mit vereinten Kräften machbar. Allerdings, so Lewentz eindringlich, dürfe man die Belange der eigenen Bevölkerung nicht vernachlässigen. Lewentz dankte Reitzel für die großartige Arbeit: Die SGK sei von ihm geprägt und diese wiederum habe der SPD sehr geholfen mit ihrem Einsatz.

In Anerkennung dieser Leistung verlieh Lewentz, unterstützt von Ministerpräsidentin Malu Dreyer und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Alexander Schweitzer, dem sichtlich ge-



Amüsiert lauschen Malu Dreyer, Michael Reitzel, Roger Lewentz, Michael Ebling und Alexander Schweitzer (v.l.n.r.) der kabarettistischen Einlage.

rührten und geehrten Michael Reitzel die Willy-Brandt-Medaille – die höchste Auszeichnung, die die Partei zu vergeben hat.

In seiner launigen Rede machte Alexander Schweitzer deutlich, dass die Wiege der Demokratie auf jeden Fall in den Kommunen steht. Fast alle Mitglieder der Fraktion im Landtag kommen entweder aus dem Kommunalen oder stehen sogar aktuell in kommunaler Verantwortung. Die Kommunen, so Schweitzer, sind „Teil unserer DNA“. Dort sei man immer nah bei den Menschen.

Malu Dreyer ging ihre Festrede sehr persönlich an. „Ich wäre keine so gute Ministerpräsidentin, wenn ich nicht vorher Kommunalpolitikerin gewesen wäre. Wenn man Kommunalpolitik nicht versteht, kann man auch Landespolitik nicht.“ Dreyer bekannte sich ebenfalls zur Öffnung für die Flüchtlinge. Sie gab aber zu bedenken, dass man den Zustrom

verlangsamen müsse und dass Merkel die Konsequenzen ihres Handelns zu bedenken hätte. „Europa ist keine Insel. Die Länder müssen ihren Bürgern angemessene Bedingungen bieten können.“ Alle Redner, so auch Dreyer, bedankten sich ausdrücklich bei den vielen ehrenamtlichen Helfern, die in den Kommunen und Städten die Aufnahme so vieler Flüchtlinge auf einmal überhaupt erst möglich gemacht hätten. Malu Dreyer vergaß nicht, einen herzlichen Dank an Michael Reitzel für seine geleistete Arbeit in den vergangenen Jahrzehnten auszusprechen.

Ein paar Szenen aus dem politischen Alltag, in fiktiver Form unterhaltsam dargeboten von Johannes Klomann und Marc Bleicher, und ein bisschen Musik rundeten den Abend heiter ab. Man feierte sich und die SGK noch eine gute Weile auf dem gemütlichen Schiff. Insgesamt ein Fest, das dem Anlass und der Lebensleistung von Michael Reitzel sehr angemessen war.



Der damals noch designierte neue Vorsitzende der SGK in Rheinland-Pfalz Michael Ebling bei seiner Rede. Fotos (2): SGK

Willy-Brandt-Medaille für Michael Reitzel



Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 40-jährigen Bestehen der rheinland-pfälzischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik wurde dessen langjähriger Vorsitzende, Michael Reitzel, vom rheinland-pfälzischen Innenminister und SPD-Landesvorsitzenden Roger Lewentz und Ministerpräsidentin Malu Dreyer mit der Willy-Brandt-Medaille ausgezeichnet. Beide würdigten das außerordentliche Lebenswerk von Michael Reitzel, der in den vielen Jahren seines politischen Wirkens deutliche positive Signale setzte und sich mit einem riesigen Engagement für die SGK, die Kommunen und für die SPD eingesetzt hat. In zahlreichen kommunalen Ehrenämtern, aber auch im Landtag und als Vizepräsident des Landtags, half er über viele Jahre mit, die Politik in den Kommunen und im Land zu gestalten. Zu den ersten Gratulanten gehörten der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Alexander Schweitzer und der Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling, der in der am darauffolgenden Tag stattfindenden SGK-Landesdelegiertenversammlung zum neuen Vorsitzenden der Landes-SGK gewählt wurde. HJN

Anzeige

DORNBACH GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Niederlassung Mainz
Fort Malakoff
Rheinstraße 4N
55116 Mainz

Telefon +49 (0) 61 31 2 04 78-16
Telefax +49 (0) 61 31 2 04 78-48
info@dornbach-mainz.de

DORNBACH

IHR PARTNER FÜR KOMMUNALBERATUNG

Besuchen Sie uns im Internet
www.dornbach.de

14. Delegiertenversammlung der SGK Rheinland-Pfalz

Autorin Barbara Behrends

Nach einer gelungenen Feier zum 40. Geburtstag traf man sich am nächsten Morgen pünktlich um 9.30 Uhr in Nieder-Olm zur Ordentlichen Mitgliederversammlung. Getreu dem Motto, wer gut feiert, der arbeitet auch gut.

Ralph Spiegler, Verbandsbürgermeister in Nieder-Olm, begrüßte die Anwesenden mit einem Dank an all die ehrenamtlichen Helfer, die dafür sorgen, dass die Flüchtlinge auch in Rheinland-Pfalz ein Dach über dem Kopf haben. „Was wir tun, tun wir gerne“, sagte Spiegler, und: „Die schönste Politik ist, an der Basis gute Dinge zu vollbringen.“

RLP besonders gut aufgestellt

Dr. Manfred Sternberg, Bundesgeschäftsführer der SGK, der auch am Abend vorher schon unter den Gästen weilte, ließ es sich nicht nehmen, mit einem freundlichen Grußwort die SGK in Rheinland-Pfalz zu loben. „Eine Gemeinschaft von KommunalpolitikerInnen, die sich sogar an einem Feiertag ehrenamtlich zusammenfindet und eine Versammlung abhält.“ RLP sei besonders gut aufgestellt und ein wichtiger Bestandteil der Bundes-SGK.

Innenstaatssekretär Günter Kern empfahl, in allen Bereichen gemeinsam nach vorne zu gehen. Das helfe in der Flüchtlingsproblematik genauso wie bei der Kommunalreform. Die Wahl im März 2016 werde auf diese Weise einen guten Verlauf nehmen.

Auch Finanzministerin Doris Ahnen sah das in ihrer Rede so. „Wenn man etwas gemeinsam will, kann man das auch schaffen.“ Die Herausforderungen, die 10 000 Flüchtlinge (bis Ende des Jahres rechnet man mit weiteren 5000) in RLP für die Kommunen darstellen, sind enorm. Eine finanzielle Einigung mit den Kommunen ist wichtig. „Dass wir hier eine faire Vereinbarung haben, die Bundesmittel richtig einsetzen, immer gute Lösungen finden, das ist mein Anspruch“, so Ahnen. Eine Umfrage, die Ahnen zitierte, sprach ein großes Lob an die Kommunen in RLP aus. Die meisten Menschen gaben an: „Wir wohnen gerne hier.“ Die Umfrage hatte für

RLP eines der höchsten Ergebnisse in Deutschland erbracht. Ahnen dankte dem scheidenden Vorsitzenden Michael Reitzel ausdrücklich für die geleistete Arbeit. Er sei ein guter Ratgeber, sicher auch weiterhin, fände immer gute Kompromisse, sei immer erreichbar und manchmal auch ein „harter Knochen“ gewesen. Das sagte Ahnen mit einem netten Augenzwinkern und meinte es auch so.

20-jährige Ära zu Ende

Der so Gelobte gab anschließend seinen letzten Rechenschaftsbericht ab. Auch Reitzel ging auf die Flüchtlingssituation ein: „Wir müssen neben der Willkommenskultur versuchen, Konflikte zu vermeiden. Neid und Missgunst helfen nicht weiter. Wir müssen auf viele zugehen. Die Menschen kommen nicht von selbst zu uns.“ „Standing Ovations“ beendeten die 20-jährige Ära Reitzel. Die Delegierten wissen um seine Verdienste, die ihrer SGK viel Anerkennung bundes- und landesweit eingebracht hat.

Erich Diekmann, seit 40 Jahren Kassierer der SGK, sah Ausgaben und Einnahmen in Einklang und eine stabile finanzielle Grundlage für die Zukunft gegeben. Dem konnte sich Revisor Klaus Stalter nur anschließen: „Der druckvolle Charme von Michael Reitzel hat zu guter Kasse geführt.“

Nachfolger Michael Ebling stellte sich vor. Wie schon in der Vergangenheit wolle auch er Konflikte gut und solidarisch austragen. „Das ist so und soll so bleiben“. Er freue sich auf ein gutes Team und eine gute Zusammenarbeit. In jedem Fall wolle er die Nachwuchsarbeit der SGK intensivieren. Einstimmig wurde Michael Ebling ins Amt gewählt. Das hat den „Neuen“ sehr gefreut, der sich für das Vertrauen bedankte.

„Ich war erst zwei Jahre jung, als Michael Reitzel schon im Kreistag saß. Kein Wunder, dass er als das Gesicht der SGK bezeichnet wird. Da kann man wohl sagen, dass die Weitergabe des Amtes eine richtige Zäsur darstellt. Dafür steht Dir die Würde des Ehrenvorsitzenden wirklich zu.“

Ein tatsächlich gerührter Reitzel nahm die Urkunde entgegen und sagte der SGK seine weitere Unterstützung zu: „Ich strenge mich nochmal an, um dem großen Lob meines Nachfolgers gerecht zu werden.“

Erich Diekmann wurde mit der Ehrenmitgliedschaft geehrt. „Du machst das Geldeintreiben so liebenswürdig, dass jeder Dir gerne Geld gegeben hat“, sagte Michael Ebling. Bis Ende des Jahres wird Erich noch Dienst tun,

dann übernimmt nach 40 Jahren Ehrenamt ein anderer. Natürlich vom Noch-Amtsinhaber ordentlich eingearbeitet.

Die Ehrennadel der SGK erhielt Andreas Hundhausen. Jens Beutel bekam eine Urkunde für 14-jährige Tätigkeit als stellvertretender Vorsitzender der SGK, Monika Fink für ihr langjähriges Wirken in den Gremien und Klaus Huter ebenfalls, insbesondere für seine Tätigkeit als Revisor.

Der neue Vorstand in Schrift und Bild:

Vorsitzender

Michael Ebling, Mainz,

48, 1995-2002 ehrenamtl. OV Mainz-Mombach, 2002-2006 Sozialdezernent Mainz, 2006-2012 Staatssekretär im Bildungs- und Wissenschaftsministerium, seit April 2012 OB Mainz, stellv. SGK-Bundesvorsitzender, Mitglied Präsidium Städtetag.



Stellvertretende Vorsitzende:

Dr. Heike Kaster-Meurer, Bad Kreuznach

50, seit Juli 2011 Oberbürgermeisterin, bis dahin als Ärztin in der Chirurgie und Psychosomatik tätig. Seit 1994 Mitglied der SPD, von 2009-2011 stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat Bad Kreuznach, seit 2011 kooptiertes Mitglied des SGK-Landesvorstandes.



Reinhard Scherrer, Hagenbach

52, seit April 2005 BM der VG Hagenbach, Personalleiter Bahn AG, von 1989-1999 und seit 2009 Mitglied des Kreistages Germersheim, von 1989 bis März 2005 Mitglied des VG-Rates Hagenbach, Mitglied im Landesausschuss des GStB; Vorsitzender des SGK-RV Germersheim.



Ralph Spiegler, Nieder-Olm

50, Bürgermeister der VG Nieder-Olm seit 1994, seit 2000 Mitglied des Kreistages Mainz-Bingen und seit 2010 Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Mainz-Bingen, seit 2004 Mitglied im Landesvorstand des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz.



Zur medizinischen Versorgung im ländlichen Raum

Autorin Sabine Bätzing-Lichtenthäler

Die Sicherstellung einer wohnortnahen, flächendeckenden medizinischen und pflegerischen Versorgung ist eines der drängendsten Themen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, insbesondere in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz.

Impulse für innovative Maßnahmen

Mit unserem Zukunftsprogramm „Gesundheit und Pflege 2020“ bündeln wir erfolgreiche Aktivitäten im Bereich der medizinischen und pflegerischen Versorgung. Gleichzeitig setzen wir neue Impulse für innovative Konzepte und fördern Maßnahmen, die dazu beitragen, die Versorgung auch in den ländlichen Regionen des Landes in Zukunft zu sichern. So geht beispielsweise das Projekt „Zukunftswerkstätten“ mittlerweile in die zweite Runde.

Zusammen mit den bereits gestarteten Zukunftswerkstätten nehmen 20 Regionen mit insgesamt 31 kommunalen Gebietskörperschaften an dem Projekt teil. Ziel der Zukunftswerkstätten ist es, gemeinsam mit den lokalen Akteuren des Gesundheitswesens und unter Mitwirkung der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz geeignete Ideen, Maßnahmen und konkrete Umsetzungsschritte zur Sicherung der ärztlichen Grundversorgung zu entwickeln. Denn trotz der in Rheinland-Pfalz insgesamt guten Versorgung mit Ärztinnen und Ärzten wird es zunehmend schwieriger, in ländlichen Regionen freierwerdende Arztstühle, besonders Hausarztstühle, wieder zu besetzen.

Einen ersten Überblick über die Ergebnisse und Initiativen im Rahmen

des Projekts wird die Auftakt- und Impulsveranstaltung am 28. Oktober 2015 unter der Teilnahme aller lokalen Zukunftswerkstätten geben.

Förderung auch für kleinere Krankenhäuser

Im Bereich der stationären Versorgung investiert das Land zielgerichtet in Krankenhäuser. Die Landesregierung hat die Investitionsförderung im Jahr 2013 um drei Millionen Euro aufgestockt und dieses erhöhte Fördervolumen seitdem beibehalten. Allein für Baumaßnahmen im Rahmen der Einzelförderung werden jährlich 63 Millionen Euro bewilligt, weitere 51,2 Millionen über die Pauschalförderung. Um die Existenz kleinerer Krankenhäuser im ländlichen Raum dauerhaft zu sichern, entwickelt die Landesregierung gemeinsam mit den

Krankenasträgern bedarfsgerechte Konzepte.

Die Landesregierung setzt sich zudem seit Jahren für eine Verbesserung der Krankenhausfinanzierung ein. Mit den in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Krankenhausstrukturreform beschlossenen Punkten haben wir wesentliche Kritikpunkte der Krankenhäuser im laufenden Gesetzgebungsverfahren abschließend besprochen und eine Vielzahl notwendiger Voraussetzungen für eine nachhaltige Krankenhausversorgung geschaffen. Beispielsweise wird mit Auslaufen des Versorgungszuschlags Ende 2016 dieser durch einen Pflegezuschlag ersetzt, um der wirtschaftlichen Situation der Kliniken gerecht zu werden. Die zur Verfügung stehenden 500 Millionen Euro werden anhand der dem Statis-

Anzeige



JETZT kostenlos Probelesen!

DEMO als Zeitung im neuen Format

DEMO
VORWÄRTS-KOMMUNAL

DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

Probeabonnement für 3 Monate jetzt kostenlos bestellen:
www.demo-online.de
☎ 030/740 73 16-61

Dieses Abonnement ist kostenfrei und läuft automatisch aus.

tischen Bundesamt gemeldeten Pflegepersonalkosten jährlich anteilig auf die Krankenhäuser ausgeschüttet und stehen diesen zur freien Verfügung. Damit erhalten Krankenhäuser mit einem höheren Personalanteil über den Pflegezuschlag im Verhältnis mehr Mittel.

Zudem haben wir das Bundesratsverfahren genutzt, um die Interessen von Flächenländern bei der stationären medizinischen Versorgung zu wahren. Mit Blick auf kleine grundversorgende Kliniken in strukturschwachen Gebieten war uns der Verbleib des Versorgungszuschlags besonders wichtig. Rheinland-Pfalz hat sich deswegen im Bundesrat nachdrücklich für den Verbleib des Versorgungszuschlags eingesetzt.

Gemeinsam werden gute Fachkräfte gesichert

Einer der wichtigsten Bausteine einer funktionierenden Versorgungslandschaft bleiben qualifizierte und



Sabine Bätzing-Lichtenthäler

Foto: MSAGD

motivierte Fachkräfte – im medizinischen wie pflegerischen Bereich. Die Erwartungen der Nachwuchskräfte spielen dabei eine zentrale Rolle und sind bei der Gestaltung attraktiver Beschäftigungsbedingungen unbedingt zu berücksichtigen. Entsprechend hat Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren mit unterschiedlichen Kooperationen und Projekten die Weichen für eine zukunftsfähige medizinische und pflegerische Versorgung im Land gestellt. Die Fachkräftesicherung in der Pflege ist seit über zehn Jahren ein Schwerpunkt der rheinland-pfälzischen Landesregierung. Hierzu gehört die Arbeitsmarktanalyse „Branchenmonitoring“, auf deren Grundlage wir genau wissen, welcher Fachkräftebedarf in allen Gesundheitsfachberufen in welchen Regionen vorherrscht.

Mit der im Jahr 2012 eingeleiteten „Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative Gesundheitsfachberufe 2012-2015“ begegnen wir dem Fachkräftebedarf gemeinsam mit allen

Anzeige

SPD in der Verbandsgemeinde Konz auf Kandidatensuche für die Urwahl am 13. März 2016

Die Verbandsgemeinde Konz zählt mit knapp 33.000 Einwohnern zu den größten Verbandsgemeinden in Rheinland-Pfalz. Die Verwaltung hat ihren Sitz in der Stadt Konz, die mit fünf Stadtteilen und 18.600 Einwohnern (weitere 11 Ortsgemeinden) die größte verbandsangehörige Stadt in Rheinland-Pfalz ist.

Die Wahl der **Bürgermeisterin/des Bürgermeisters** der Verbandsgemeinde Konz wird am 13. März 2016 für acht Jahre erfolgen. Für die CDU wird der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Konz, Dr. Karl-Heinz Frieden, kandidieren.

Zu den politischen Mehrheitsverhältnissen im Verbandsgemeinderat: Die CDU-Fraktion ist die mit Abstand stärkste Fraktion und wird politisch von der FWG unterstützt, so dass faktisch und unter den derzeitigen Verhältnissen von einer „belastbaren“ absoluten Mehrheit im Verbandsgemeinderat zu Gunsten der CDU auszugehen ist.

Die SPD-Ratsfraktion ist mit zehn von insgesamt 40 Mandaten zweitstärkste Fraktion, jedoch nicht in die politische Spitze der Verbandsgemeindeverwaltung eingebunden. Dennoch konnte die SPD bei den zurückliegenden Bundestags- und Landtagswahlen Achtungserfolge erzielen.

Der SPD-Verband in der Verbandsgemeinde Konz hat die Absicht, mit einer eigenen Kandidatin/eigenem Kandidaten zur Urwahl in der Verbandsgemeinde Konz anzutreten. Die SPD wünscht sich eine Kandidatin/einen Kandidaten, die/der über Erfahrungen in der Verwaltung (nach Möglichkeit: Kommunalverwaltung) verfügt und ein/e „Menschenfischer(in)“ ist.

Die für die SPD in die Urwahl gehende Kandidatin/der Kandidat darf mit der geschlossenen und zuversichtlichen Unterstützung des gesamten SPD-Verbandes und seiner Mitgliedschaft rechnen. Die Frist zur Einreichung des Wahlvorschlages läuft am 25.01.2016, 18.00 Uhr, aus, so dass eine zügige Entscheidung/Bewerbung geboten ist. Das Amt des Bürgermeisters der Verbandsgemeinde Konz ist im Stellenplan nach der Besoldungsgruppe B4/B5 dotiert.

Bewerbungen sollten an den Vorsitzenden des SPD-Verbandes Konz, Herrn Egon Sommer, Onsdorfer Str. 29, 54456 Tawern, gerichtet werden.

relevanten Akteuren des rheinland-pfälzischen Gesundheitswesens und der Pflege. Die Handlungsfelder der Fachkräfteinitiative bilden die Ausbildung, die Nachqualifizierung, attraktive Beschäftigungsbedingungen und der Bereich Zuwanderung.

Förderung für Ärztinnen und Ärzte in ländlichen Regionen

Zudem hat Rheinland-Pfalz als erstes westdeutsches Bundesland ein Maßnahmenpaket gegen den drohenden Hausärztemangel geschnürt und die Vorstellungen der jungen Ärzte bewusst einbezogen. Im Jahr 2007 wurde gemeinsam mit den wichtigsten Partnern der „Masterplan zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Ver-

sorgung“ auf den Weg gebracht, den wir stetig weiterentwickeln. Der zentrale Baustein des Masterplans ist das Förderprogramm vertragsärztliche Versorgung. Die Förderung in Höhe von bis zu 15 000 Euro ist besonders für Ärztinnen und Ärzte gedacht, die helfen, die hausärztliche Versorgung in ländlichen Regionen zu verbessern, in denen es zunehmend schwieriger wird, freiwerdende Arztsitze wieder zu besetzen. Aktuell kann das Förderprogramm in 75 Verbandsgemeinden und kleineren verbandsfreien Gemeinden in Anspruch genommen werden. Zudem können seit Anfang 2014 in einigen Regionen auch Fachärzte der Grundversorgung eine Förderung erhalten. Gefördert werden neben der

Neuerrichtung oder Übernahme einer Praxis auch die Einrichtung von Zweigpraxen und die Anstellung einer Ärztin oder eines Arztes.

Die Daten der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz zeigen, dass aktuell die ambulante vertragsärztliche Versorgung in Rheinland-Pfalz auf hohem Niveau gesichert ist. Gleichwohl zeigt die Altersstruktur insbesondere der Hausärzte – etwa ein Drittel ist 60 Jahre oder älter – Handlungsbedarf auf. Rheinland-Pfalz hat diese Entwicklung frühzeitig erkannt und gemeinsam mit allen Beteiligten im Gesundheitswesen den Weg für eine weiterhin gute medizinische und pflegerische Versorgung beschritten.

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:
SGK Rheinland-Pfalz e.V.,
Klarastr. 14 A, 55116 Mainz
Redaktion: Barbara Behrends
Telefon: (06131) 22 64 60
Hans Jürgen Noss, V.i.S.d.P.
Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192
Anzeigen: Henning Witzel, Volker Weber
Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Kommunaler Finanzausgleich legt kräftig zu

Gemeinden bekommen mehr Geld. Bis 2020 deutliche Verbesserungen geplant

Autor Andreas Wagenführer

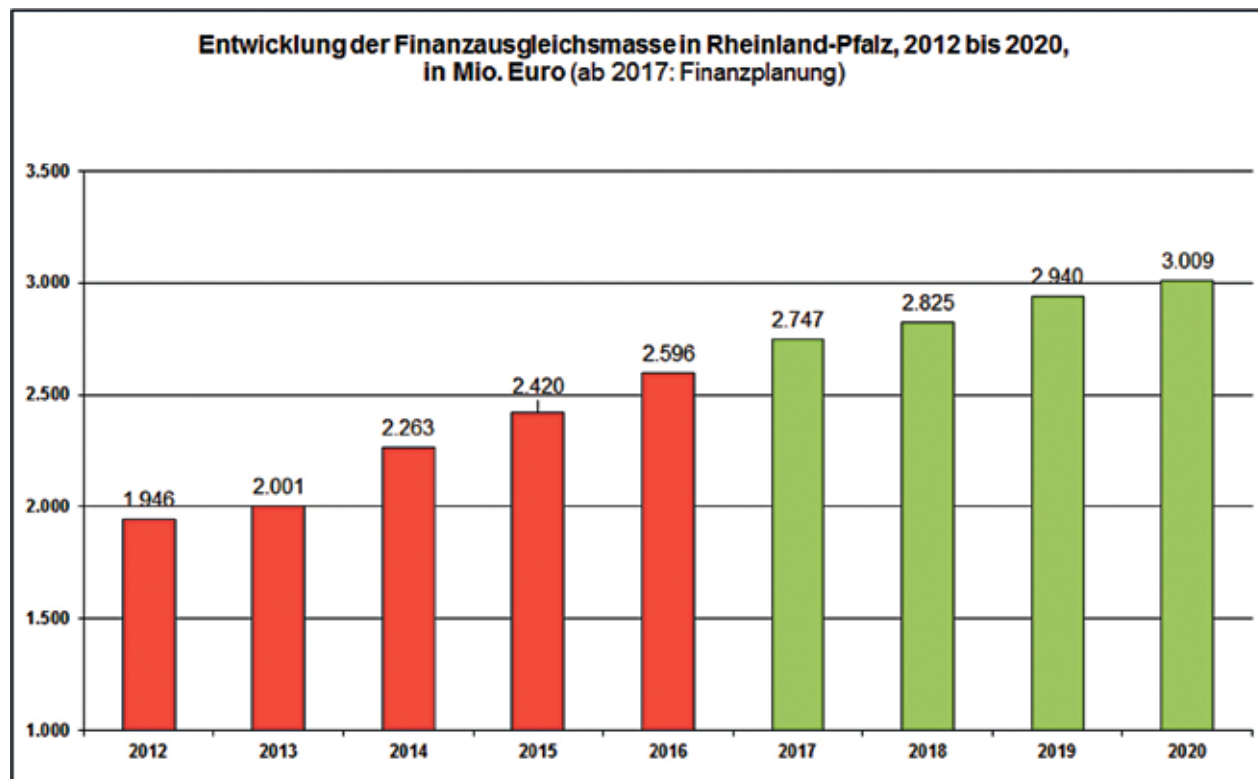
Für die Finanzplanung des Landes, aber insbesondere auch für die kommunalen Haushaltsplanungen, ist eine Verstetigung der Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände von besonderer Bedeutung. Rund ein Viertel aller Einnahmen der Kommunen fließen den Haushalten in Form der Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich zu. Diesen wichtigen Finanzstrom vor allzu starken Schwankungen zu schützen war Anlass für die Errichtung des Stabilisierungsfonds für den kommunalen Finanzausgleich in Rheinland-Pfalz zum 1. Januar 2007, dessen Einführung über den Beistandspakt im Haushaltsjahr 2003 vorbereitet wurde.

Der Stabilisierungsfonds ermöglicht eine stetig steigende Verstetigungssumme und somit eine für das Land gut planbare Entwicklung der Finanzausgleichsmasse, aus der die Zuweisungen gezahlt werden. Nach der Finanzplanung des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2015 bis 2020 wird die Finanzausgleichsmasse in allen Jahren kräftig zulegen. Damit können sich auch die Kommunen auf steigende Zuweisungen einstellen. Betrug die Finanzausgleichsmasse des Jahres 2015 noch rund 2,4 Milliarden Euro,

ist für das Jahr 2016 ein Anstieg auf fast 2,6 Milliarden Euro veranschlagt. Die positive Entwicklung des kommunalen Finanzausgleichs wird zum einen von der positiven Entwicklung der Landessteuereinnahmen getragen. Zum anderen wirkt sich auch die kommunale Finanzreserve beim Land

positiv aus. Sie hat bis Jahresende 2015 voraussichtlich einen Stand von 576 Millionen Euro und wird dann in den Jahren 2016 bis 2020 Stück für Stück in Anspruch genommen und auf geplante 382 Millionen Euro im Jahr 2020 abgeschmolzen, um die gesetzlich verankerte positive Ent-

wicklung des kommunalen Finanzausgleichs zu gewährleisten. Für das Jahr 2020 ist eine Finanzausgleichsmasse von etwas mehr als 3,0 Milliarden Euro geplant. In dieser Entwicklung kommt das partnerschaftliche Verhältnis zwischen Land und Kommunen auch zahlenmäßig zum Ausdruck.



SGK Mayen-Koblenz wählt neuen Vorstand

Benjamin Kastner aus Krufft zum Vorsitzenden gewählt

Die sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) hat im Nickenicher Rathaus einen neuen Vorstand gewählt. In der SGK-Gemeinschaft, die alle sozialdemokratischen Bürgermeister, Ortsvorsteher und Ratsmitglieder vereint, stand Gottfried Busch nicht mehr für das Amt des Vorsitzenden zur Verfügung. Der SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Marc Ruland dankte Busch für seine 13 Jahre als

Vorsitzender des SGK-Regionalverbands Mayen-Koblenz und für sein Engagement im Vorstand der SGK Rheinland-Pfalz.

Als neuen Regionalvorsitzenden der SGK Mayen-Koblenz wählte die Mitgliederversammlung einstimmig den Kruffter SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Benjamin Kastner. Ihm zur Seite steht die Ortsvorsteherin Petra Koch aus Andernach-Kell. Der Plaidter

Ortsbürgermeister Wilhelm Anheier wurde in das Amt des Geschäftsführers gewählt. Rita Hirsch aus Ochtenburg, Karin Küsel-Ferber aus Urbar, Christoph Mohr aus Bendorf, Gottfried Busch aus Nickenich, Hermann Kleber aus Mendig und Eric Stumm aus Dieblich werden den Vorstand als BeisitzerInnen komplettieren.

„Wir wollen unseren ehrenamtlichen Ratsmitgliedern weiterhin als An-

sprechpartner für Kommunalpolitik zur Verfügung stehen. Die SGK unterstützt uns vor Ort mit interessanten und aktuellen Seminaren oder Schulungsangeboten. Dabei gilt es auch Seminare anzubieten, die uns auf den aktuellen Stand in kommunalpolitischen Themen halten. Hierfür werden wir eng mit dem SPD-Kreisvorstand und der SPD-Kreisfraktion zusammenarbeiten“, versprach Benjamin Kastner.

Taubenschlag zur Haltung von 100 Tauben ist in einem reinen Wohngebiet unzulässig

Ein Anwohner in einem reinen Wohngebiet in Maßweiler im Landkreis Südwestpfalz hat keinen Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung für die Nutzungsänderung eines Hundezwingers in einen Taubenschlag. Das hat das Verwaltungsgericht (VG) Neustadt/Weinstraße mit Urteil vom 16.09.2015, Az.: K 322/15.NW, entschieden.

Zum Sachverhalt

Der Kläger wohnt in einem mit einem Einfamilienhaus und Nebengebäuden bebauten Anwesen in einem reinen Wohngebiet in Maßweiler. Im März 2000 hatte der beklagte Landkreis Südwestpfalz eine Baugenehmigung zur Nutzungsänderung des Dachstuhls der Garage und zu dem Neubau eines Hundezwingers sowie eines Taubenschlages mit Voliere erteilt. Die Genehmigung enthielt den Zusatz, dass maximal 50 Tauben gehalten werden dürfen. Im August 2012 wurde dem Beklagten bekannt, dass der Kläger weit über 100 Tauben auf dem Grundstück hält. Im Rahmen einer Ortsbesichtigung stellte der Beklagte fest, dass die in der Baugenehmigung genannte maximal zulässige Anzahl der Tauben überschritten worden war. Der Beklagte zählte bereits in den Außenkäfigen 90 bis 120 Tiere. Zudem stellte er fest, dass zwischenzeitlich auch der Hundezwinger als Voliere genutzt und am nordöstlichen Giebel der Garage auf Höhe des Dachgeschosses eine weitere Voliere angebaut worden war. Im November 2013 stellte der Kläger einen Antrag auf Erteilung einer Baugenehmigung

für die Umnutzung des Hundezwingers in einen Taubenschlag. Auf Nachfrage teilte der Kläger ergänzend mit, dass die Haltung von ca. 100 Tauben vorgesehen sei. Mit Bescheid vom 13.02.2014 versagte der Beklagte die Baugenehmigung mit der Begründung, die beabsichtigte Haltung von ca. 100 Tauben stelle keine wohnverträgliche Nebenanlage in einem reinen Wohngebiet dar.

Nach Durchführung eines Widerspruchsverfahrens erhob der Kläger im April 2015 Klage mit der Begründung, von der Taubenhaltung gingen keine nennenswerten Beeinträchtigungen aus. Daher sei sie gebietsverträglich. Maßweiler sei ein sehr kleiner Ort mit nur rund 1.000 Einwohnern. An den tatsächlichen Verhältnissen in den letzten 20 Jahren habe sich nichts Nennenswertes verändert. In Maßweiler sei noch vor 15 Jahren die Haltung von mehreren hundert Tauben durch verschiedene Taubenzüchter als gebietsverträglich eingestuft worden. Es gebe im Ort auch heute noch einen weiteren Taubenzüchter, der ca. 100 Tauben halte.

Zu den Grenzen des Wohnens als Hauptnutzung

Das VG hat die Klage abgewiesen: Der Kläger hat nach Ansicht des VG keinen Anspruch auf Erteilung der begehrten Baugenehmigung. Das Anwesen des Klägers befinde sich ebenso wie die daran angrenzenden Wohngebäude der Nachbarn in einem reinen Wohngebiet. Außer Wohngebäuden seien dort zwar untergeordnete Nebenan-

lagen zulässig, zu denen auch Einrichtungen zur Kleintierhaltung gehörten. Die Haltung von Brieftauben könne in einem reinen Wohngebiet als Annex zum Wohnen zugelassen werden, soweit sie üblich und ungefährlich sei und den Rahmen der für eine Wohnnutzung typischen Freizeitbetätigung nicht sprengte. Die auf dem Grundstück des Klägers vorhandene Kleintierhaltung mit über 100 Tauben könne aber nicht mehr als eine dem Wohnen als Hauptnutzung untergeordnete Freizeitbeschäftigung angesehen werden und widerspreche der Eigenart des hier vorhandenen reinen Wohngebiets.

Soweit der Kläger behauptet habe, in Maßweiler habe es noch vor 15 Jahren sechs aktive Taubenzüchter gegeben, deren Haltung mit mehr als 100 Tauben gebietsverträglich gewesen sei, und er seine eigene Taubenhaltung als „kümmerlichen Rest einer Taubenhaltung relativ großen Umfangs“ bezeichnet habe, könne er daraus nichts herleiten. Zum maßgeblichen Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung vor dem Gericht gebe es in Maßweiler neben dem Kläger nur noch einen weiteren Taubenzüchter, der offenbar etwa 100 Brieftauben halte. Abgesehen davon, dass das Anwesen dieses Taubenzüchters in einem Mischgebiet liegen dürfte, habe diese Brieftaubenhaltung keinerlei Ausstrahlungswirkung auf das 1 km südlich gelegene Wohngebiet, in dem der Kläger seine Tauben halte; von einer Verkehrsüblichkeit der Taubenhaltung in Maßweiler könne keine Rede sein.

Kleintierhaltung ist der Hauptnutzung „Wohnen“ untergeordnet

Der Kläger könne auch nicht damit gehört werden, er besitze lediglich 30 bis 50 Reisetauben, die weiteren Tauben seien Zuchttauben bzw. Jungtauben, die den Schlag nicht verlassen würden. Selbst wenn dies zuträfe, würde sich an der dargestellten Rechtslage nichts ändern. In der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung werde vor dem Hintergrund, dass Kleintierhaltung der Hauptnutzung „Wohnen“ untergeordnet sein müsse und den Rahmen der für eine Wohnnutzung typischen Freizeitbetätigung nicht sprengen dürfe, in Bezug auf die Anzahl der Tauben nicht differenziert zwischen festsitzenden Zuchttauben und freifliegenden Brieftauben.

Soweit der Kläger ferner unter Bezugnahme auf eine Stellungnahme des Verbands Deutscher Brieftaubenzüchter vom 09.04.2014 geltend mache, der Brieftaubensport sei erst mit einer Mindestzahl von 70 bis 120 Tauben sinnvoll zu betreiben, könne er damit ebenfalls nicht durchdringen. Denn hier gehe es nicht um die Frage, wie viele Tauben ein Brieftaubenzüchter benötige, um wettbewerbsfähig zu sein, sondern allein um die bauplanungsrechtliche Zulässigkeit des Vorhabens in einem reinen Wohngebiet.

Gegen das Urteil kann die Zulassung der Berufung durch das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz beantragt werden.